

## VWU Wahlprüfsteine

### Frage 1 bis 5

Wir brauchen eine konsequente Energiewende hin zu erneuerbaren Energien. Nur damit gewährleisten wir ein ökologisches und ein friedliches 21. Jahrhundert. Wer heute auf regenerative Energien setzt und das Wissen für eine nachhaltige Energieversorgung mit Schwellen- und Entwicklungsländern teilt, wird sich morgen nicht an Ressourcenkriegen um Öl und Gas beteiligen. Als Etappenziel auf dem Weg zu 100% erneuerbarer Energie wird DIE LINKE sich für einen mindestens hälftigen Anteil an erneuerbaren Energien in der Stromversorgung und einen 25%tigen Anteil im Wärme- und Kältesektor bis zum Jahr 2020 einsetzen. Besonders wichtig ist dabei die dezentrale Energieversorgung in öffentlicher Hand.

DIE LINKE wird sich für einen vollständigen Umbau der Energiewirtschaft zu einer regenerativen Vollversorgung einsetzen, diese konsequent und schnell vorantreiben, das Erneuerbare-Energien-Gesetz noch wirksamer ausgestalten, Wärme aus erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung vorantreiben.

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn gleichzeitig die Energieeffizienz erhöht und im großen Maßstab Energie eingespart wird. Zentraler Bestandteil einer Energieeffizienz-Offensive ist aus unserer Sicht ein Energieeffizienz-Fonds, den wir in den Haushaltsberatungen der letzten Jahre immer wieder als eine unserer Schwerpunktforderungen in den Bundestag eingebracht haben. Dieser sollte mit jährlich 2,5 Mrd. Euro ausgestattet werden und angelehnt an das Konzept des „Wuppertaler Instituts“ ein breites Portfolio von Energieeffizienzprogrammen für private Haushalte, Unternehmen und die öffentliche Verwaltung umfassen. Dabei sollen sich spezielle Förderprogramme insbesondere an einkommensschwache Haushalte richten, um auch diesen beispielsweise den Kauf von Haushaltsgeräten der jeweils höchsten Energieeffizienzklasse zu ermöglichen. Daneben sehen wir die Notwendigkeit klarer Standardsetzung wie ein Verbot des Verkaufs von Büro- und Haushaltsgeräten mit so genannten Standby - Schaltungen, deren Verbrauch 1 Watt übersteigt. Allein durch diese Maßnahme könnte in Deutschland die Stromproduktion eines Großkraftwerks eingespart werden. Aber ebenso dazu gehört die energetische Sanierung des Gebäudebestandes, die Klimaneutralität von Neubauten und bundesrechtliche Vorgaben für eine ökologische Bauleitplanung.

## Frage 6 und 7

Die bestehende Atomausstiegsregelung muss beschleunigt werden. Wir wollen einen unverzüglichen und unumkehrbaren Ausstieg aus dieser Risikotechnologie. Die fortgesetzte Nutzung der Atomenergie sowie der Bau neuer fossiler Großkraftwerke behindern die Energiewende hin zu dezentralen, erneuerbaren Energien und zementieren die monopolistischen Strukturen in der Energiewirtschaft.

DIE LINKE lehnt den Neubau von Kohlekraftwerken ab. Die sich derzeit im Bau befindlichen Kohlekraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung sollten in einer Übergangszeit alte Kohlekraftwerke ersetzen. Die Zukunft gehört der konsequenten Anwendung erneuerbarer Energien.

## Frage 8 und 9

DIE LINKE setzt sich für unabhängige Marktwächter insbesondere im Finanz- sowie im Energiemarkt ein. Diese sollen die Märkte im Sinne der Verbraucher/innen beobachten, Entwicklungen dokumentieren und im Bedarfsfall warnen. Wir setzen uns gleichfalls für einen Finanz-TÜV ein, der Anlageprodukte bewerten soll. Wie auch immer man diesen Finanz-TÜV / Rating-Agentur letztendlich nennt. Ein Ziel wird sein, diesen Agenturen verbesserte Informationszugänge zu ermöglichen, bessere Transparenz der Bewertungen, Offenlegung der Finanzierung und potentieller Interessenkonflikte zu sichern. Dabei werden SRI-Kriterien eine große Rolle spielen und in den Bewertungen deutlich hervorgehoben werden.

Energiebeteiligungen, die sich auf SRI-Kriterien beziehen, sollten auf jeden Fall steuerlich gleichbehandelt werden.

## Frage 10

DIE LINKE will eine umfassende Bildung für alle – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Die Schaffung von flächendeckenden Gemeinschaftsschulen ist hierbei von zentraler Bedeutung.

DIE LINKE macht sich stark für längeres gemeinsames Lernen mit individueller Förderung, für flächendeckende Ganztagschulen, bundesweite Förderprogramme für eine bessere sozialpädagogische Unterstützung und eine Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen. Notwendig sind kleinere Klassen und mehr Lehrerinnen und Lehrer. Bildung darf nicht den Bedürfnissen der Unternehmen unterworfen werden, sondern muss sich an den Lernbedürfnissen der Menschen orientieren. Berufswahl und Berufsausbildung können aus unserer Sicht nur erfolgreich sein, wenn bereits zu Schulzeiten eine differenzierte Berufs- und Studienberatung vorangeht.

Ein sozial gerechtes und zukunftsfähiges Bildungssystem ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Deshalb fordert DIE LINKE:

- die Verankerung des Rechts auf Bildung und der Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz,

- den Anstieg der öffentlichen Ausgaben für Bildung auf mindestens sieben Prozent des Bruttoinlandprodukts;

ein Bund-Länderprogramm für verstärkte Ausbildung von pädagogischen Fachkräften für den Bereich der frühkindlichen Bildung und der Schulen auf Hochschulniveau. Gute Bildung setzt gute Arbeitsbedingungen und gerechte Entlohnung für die Beschäftigten voraus, die Abschaffung von Kita- und Studiengebühren sowie von Schul- bzw. Prüfungsgebühren in der beruflichen Bildung und die uneingeschränkte Lernmittelfreiheit, die Stärkung von Mitbestimmungsrechte in Bildungseinrichtungen. DIE LINKE fordert die Anerkennung von bundesweiten Vertretungen von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Studierenden. ein Hochschulzulassungsgesetz, damit der offene Studienzugang bundesweit möglich wird und individuelle Auswahlverfahren verschwinden, ein Weiterbildungsgesetz, indem Weiterbildung als öffentliche Aufgabe definiert und ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung gesichert ist.

Frage 11

a.

Zitat:

Von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung wurde nachhaltige Entwicklung so definiert:

„Sustainable development meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.“

Nachhaltig ist eine Entwicklung, „die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“

„Dauerhafte (nachhaltige) Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können. Zwei Schlüsselbegriffe sind wichtig:

- der Begriff 'Bedürfnisse', insbesondere die Grundbedürfnisse der Ärmsten der Welt sollen Priorität haben
- der Gedanke von Beschränkungen, die der Stand der Technologie und der sozialen Organisation auf die Fähigkeit der Umwelt ausübt, gegenwärtige und zukünftige Bedürfnisse zu befriedigen.

Dementsprechend müssen die Ziele wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung im Hinblick auf die Dauerhaftigkeit definiert werden, in allen Ländern - Industrie- und Entwicklungsländern, marktorientierten oder zentral gelenkten."

„Die Menschheit ist einer nachhaltigen Entwicklung fähig - sie kann gewährleisten, dass die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse zu beeinträchtigen.“

Zitat aus dem Brundlandt Report von 1987

b.

Für Rheinland-Pfalz wird sich wie auch für die gesamte Bundesrepublik das Thema nachhaltige Energiewirtschaft zu einem vorherrschenden Thema entwickeln. Ebenfalls von Bedeutung wird die nachhaltige Landwirtschaft/Landnutzung werden. Ein Augenmerk wird hier für uns auf dem ökologischen Weinbau liegen.

DIE LINKE fordert ein Zukunftsprogramm für zwei Millionen Arbeitsplätze mit Investitionen von 100 Milliarden Euro pro Jahr für Bildung Gesundheit, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr. Es soll ein Zukunftsfonds für eine nachhaltige Wirtschaft eingerichtet werden, der mit 100 Milliarden die Entwicklung zukunftsfähiger, sozial-ökologischer Arbeitsplätze fördert und die Unternehmen bei der Umstellung der Produktion auf energie- und rohstoffeffiziente Verfahren und Qualitätsprodukte ausstattet.

## Frage 12

DIE LINKE tritt für das Recht auf gebührenfreie und gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen ein – unabhängig vom Geldbeutel und vom Bildungsstand der Eltern. Um die Bildungsmisere zu beheben, muss das Bildungssystem in Deutschland grundlegend reformiert werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Bund und Länder gemeinsam Geld für einen nationalen Bildungspakt bereitstellen. Allein um die durchschnittlichen Bildungsausgaben der OECD-Länder zu erreichen, müssen Bund und Länder jedes Jahr rund 18 Milliarden Euro mehr für die Bildung in die Hand nehmen und auch ausgeben.

DIE LINKE fordert eine gebührenfreie, hochwertige Betreuung für jedes Kind. Die öffentlichen Kindertageseinrichtungen müssen ausgebaut und besser ausgestattet werden. Mehr Erzieherinnen und Erzieher müssen eingestellt werden. Das dreigliedrige Schulsystem soll durch eine Gemeinschaftsschule ersetzt werden, in der alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam lernen. Mit kleineren Klassen, Ganztagschulen und mehr Lehrerinnen und Lehrern entstehen die Voraussetzungen, um die Fähigkeiten und Stärken jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen zu fördern.

DIE LNKE fordert:

kostenlose öffentliche Kinderbetreuung; Jedes Kind soll ab dem ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen gebührenfreien Ganztagsbetreuungsplatz erhalten.

Berufstätige Eltern brauchen Betreuungseinrichtungen, die flexible Öffnungszeiten haben, damit sie bei flexiblen Arbeitszeitforderungen der Arbeitgeber nicht passen müssen.

DIE LINKE schlägt zunächst in drei Bereichen Maßnahmen zur Stärkung der Rechte von Eltern am Arbeitsplatz vor:

### **Rückkehr in den Beruf erleichtern**

DIE LINKE will deshalb im Elterngeldgesetz ein ausdrückliches Recht für die ArbeitnehmerInnen verankern, nach der Elternzeit auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz zurückzukehren. Die Arbeitsmarktintegration nach einer Elternzeit will DIE LINKE durch ein Programm zur Förderung von BerufsrückkehrerInnen verbessern.

Die LINKE Rheinland-Pfalz – Rochusstr. 10-12 – 55116 Mainz

VR Bank Freudenberg – BLZ 460 617 24 – Konto 15030800

### **Familienfreundliche Arbeitszeiten möglich machen.**

Wir wollen das Arbeitszeitgesetz so verändern, dass erwerbstätige Eltern von Kindern unter zwölf Jahren auf Verlangen von Schichtarbeit befreit werden können, ohne dass der Arbeitgeber dagegen betriebliche Gründe geltend machen kann. DIE LINKE will außerdem im Teilzeit- und Befristungsgesetz für erwerbstätige Eltern minderjähriger Kinder die Ansprüche auf Teilzeitarbeit und die Möglichkeiten zur Erhöhung der Arbeitszeit nach dem Ende der Erziehungsphase verbessern.

### **Kündigungsschutz für Eltern verbessern**

Deshalb will DIE LINKE im Elterngeldgesetz und im Kündigungsschutzgesetz den besonderen Kündigungsschutz, wie er schon heute bis zum Ende der Elternzeit gilt, auf den gesamten Zeitraum bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres des Kindes ausweiten

### Frage 13

Im Jahr 2007 waren gerade mal 3,5 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche als Anbaufläche des ökologischen Landbaus ausgewiesen. Hier ist eine Steigerung möglich und nötig, schon um sich den Zielen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie auch nur zu nähern. Dafür wird eine deutliche Anhebung der Ökopremien für Biobetriebe mit besonderen Umweltleistungen, Rheinland-Pfalz rangiert im Bundesvergleich im untersten Bereich. Die Rahmenbedingungen für den Biolandbau müssen verbessert werden, durch Abbau von Bürokratie im Bereich der Lebensmittelproduktion, durch eine Anhebung der Beiträge pro Hektar Grünfläche aus dem Agrarumweltprogramm „Paula“, durch eine Aufstockung des Bundesprogramms Ökolandbau, durch eine stärkere Investitionsförderung und durch eine bessere Altersvorsorge.

Auch die Arche-Höfe müssen besser durch Förderprogramme unterstützt werden.

### Frage 14

Um die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen sind u.E. eine Verschärfung der Düngemittelverordnung notwendig. Mit den in Frage 13 schon angeschnittenen Themen würde eine Ausweitung des Ökolandbaus natürlich auch dem Ziel entgegenkommen, die Stickstoffbelastung auf 80kg/ha zu senken. Eine Förderung für die Umstellung auf Ökolandbau als wichtige Maßnahme ebenso eine flächengebundene Tierhaltung und der Abbau von Subventionen, die sich nicht an ökologische, nachhaltige Kriterien orientieren.

Förderung und Ausbau der ökologisch kontraproduktiven Agrokraftstoffe lehnen wir ab. Aber eine Förderung der dezentralen Biomassekraftwerke mit Gülle und Grünschnitte steht als eine ökologisch sinnvolle Alternative im Landbau für uns im Vordergrund.

### Frage 15

Welche Maßnahmen das Land hier auch umsetzt, es sind deutlich zu wenige und nicht effizient genug. Die Schadstoffbelastung betrifft und alle in unserer Gesundheit und Lebensqualität. Eine Förderung der erneuerbaren Energien ist ein Muß auf dem

Weg zur Schadstoffverringierung, denn damit können effektiv Kohlekraftwerke eingespart werden. Die Abwrackprämie der Bundesregierung widerspricht hier eklatant den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie. Sinnvoller wäre hier eine Förderung für Auto mit geringem Schadstoffausstoß bzw, geringem Benzinverbrauch. Auch eine Ausweitung der Förderung für energetische Gebäudesanierung kommt hier dem Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie näher.

## Frage 16

a.

Gesundheitsmanagement in der Arbeitswelt hängt unter anderem auch davon ab, dass man die Rechte von Betriebsräten stärkt, damit diese Präventionsmaßnahmen in der Arbeitswelt auch durchsetzen können. Gleichfalls ist eine Veränderung der Einstellung zum Thema „Human Resources“ notwendig. Allein der Begriff impliziert, dass Menschen Kostenfaktoren sind. Dies muss wieder dazu gebracht werden, dass Arbeitnehmer in der Arbeitswelt wieder als Menschen betrachtet werden und nicht als Kostenfaktoren. An Kostenfaktoren lässt sich leichter sparen. Die stark eingeschränkte betriebswirtschaftliche Sicht muss auch in den Unternehmen einer volkswirtschaftliche Betrachtung gegenüber gestellt werden und sei es durch eine Stärkung der Rechte der Betriebs- und Personalräte, einem Anreizsystem oder strikteren Regeln.

b.

Ein wichtiges Instrument im Bereich der Gesundheitsprävention ist immer Bildung und Information und das so früh wie möglich. DIE LINKE möchte hier das Fach Ernährung schon an den Grundschulen einführen, damit gerade Grundschüler richtiges gesundes Essen kennen lernen und damit gar nicht erst eine Vorliebe für Fast-Food entwickeln. Denn nur was man kennt, lernt man auch schätzen. Natürlich muss dies einhergehen mit einem breiten Angebot an Bewegung und den entsprechenden Möglichkeiten Sport zu treiben.

Entscheidend für den Erfolg einer Gesundheitsprävention ist die Annahme durch die Zielpersonen. Wenn diese aber die hehren Ziele nicht erreichen können, weil ihnen schlicht das Geld fehlt um sich z. B. gesund zu ernähren oder in einem Sportverein Sport zu treiben, dann sind hier die Weichenstellungen anders zu organisieren. Einigen Bevölkerungsschichten ist es inzwischen gar nicht mehr möglich sich ausreichend mit z.B. frischen Obst und Gemüse zu versorgen. Auch ein Aspekt der immer mehr Menschen mit Adipositas zurücklässt.